

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ROCK FORDERT LANDESWEITE ELTERNVERTRETUNG

29.05.2019

- Landeselternvertretung soll Stimme der Eltern einbeziehen
- Eltern sind unverzichtbare Partner in der Erziehungspartnerschaft

WIESBADEN – "Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Eltern, Erziehern und den Leitungen der Betreuungseinrichtungen ist von unverzichtbarem Wert, die sich aber ebenso wie die Gesellschaft stark verändert. Diese Veränderungen müssen sich auch in den Partizpationsmöglichkeiten widerspiegeln. Denn durch die Kooperation und die Einbeziehung aller Beteiligten kann sichergestellt werden, dass das Wohl der Kinder im Mittelpunkt steht und die Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses gewährleistet wird. Daher haben wir in unserem Gesetzentwurf zur Stärkung der Elternrechte den Fokus auf das Zusammenwirken, die gegenseitige Wertschätzung und dialogorientierte Kommunikation gelegt. Dieses Grundanliegen teilen die Anzuhörenden uneingeschränkt" erklärte René ROCK, Sprecher für Frühkindliche Bildung und Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten.

Rock weiter:

"Wir Freien Demokraten wollen die Stimme der Familien stärken und setzen uns für die Etablierung von Kreiselternräten und eines Landeselternrates ein, um analog zum Schulsystem die Interessenvertretungen demokratisch zu legitimieren. Eltern müssen ihre Pflichten, aber auch ihre Rechte für ihre Kinder wahrnehmen können - und zwar zukünftig auch bei Grundsatzentscheidungen auf Kreis- und Landesebene. Sie sollen einbezogen und gehört werden, wenn es um Fragen des quantitativen und qualitativen Ausbaus geht. Nur so können ortsübergreifende Interessenlagen bei der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder eruiert und vernetzt werden. Warum sollen Eltern von Kindern in



Kindertagesstätten nicht über die gleichen Kompetenzen und Voraussetzungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen verfügen wie wir sie den Eltern von Schulkindern tagtäglich zugestehen? Daher wollen wir nicht die Entscheidung verschieben und uns in Ankündigungen verlieren, sondern konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen. Die heutige Anhörung hat noch einmal gezeigt, dass es notwendig ist, die Mitwirkungsrechte zu stärken."

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de